

Brief des GdP-Vorsitzenden, Konrad Freiberg, an die Parteivorsitzenden der SPD und CDU/CSU vom 10. Oktober 2005

Sehr geehrte(r) (Anrede),

die Gewerkschaft der Polizei verbindet mit der geplanten Aufnahme von Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD die Hoffnung auf die Bildung einer Bundesregierung, die sich bei der Lösung anstehender Probleme vom Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit leiten läßt.

Das Wahlergebnis ist sicher auch so zu interpretieren, dass eine Einsicht in zukunftsfähige Reformen dann vorhanden ist, wenn die soziale Balance gewahrt wird.

Die Stärken Deutschlands gründen auf seiner inneren Stabilität. Innerer Friede und Innere Sicherheit sind das Fundament gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Immer mehr Staaten dieser Welt geht diese Stabilität verloren. Innere Sicherheit ist somit auch ein Standortfaktor, der nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Wir bitten Sie, in die Koalitionsverhandlungen Positionen einzubeziehen, die die Innere Sicherheit gewährleisten und die Sicherheitsbehörden für die Herausforderungen insbesondere des internationalen Terrorismus wappnen.

Als dringend notwendig erachten wir die Einrichtung einer Anti-Terror-Datei und die Wiedereinführung der so genannten Kronzeugenregelung. Für die komplexen und zum Teil sehr langwierigen Ermittlungen im globalen Netzwerk des islamistischen Terrorismus spielen die Telekommunikationsdaten der mutmaßlichen Täter und ihrer Hintermänner eine herausragende Rolle. Deshalb benötigt die Polizei eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist für die Telekommunikationsverbindungsdaten.

Bislang ist Deutschland von einem terroristischen Anschlag verschont worden. Das ist nicht zuletzt auf den hohen Ermittlungs- und Fahndungsdruck zurückzuführen, den die deutschen Sicherheitsbehörden auf Gefährder und mögliche Unterstützer ausüben.

Diese, auch international anerkannte Leistung, ist der hohen Motivation der eingesetzten Beamtinnen und Beamten und einer funktionierenden Sicherheitsarchitektur zu verdanken. Motivation gründet sich nicht zuletzt auf sozialer und beruflicher Zufriedenheit.

Wir bitten Sie daher, die vom Bundeskabinett beschlossene Dienstrechtsreform (Strukturreformgesetz) einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, um nicht ohne Not ein funktionierendes System von innen zu stören.

Einige der in der Dienstrechtsreform enthaltenen Regelungen, wie die Leistungsbewertung und -bezahlung, sind für die Polizei kontraproduktiv. Eine ausschließlich auf Teamarbeit beruhende und bis in die Gegenwart erfolgreiche Arbeitsorganisation kann durch ein, von Individualisierung und Konkurrenzdenken geprägtes, Karriereverhalten nachhaltig zerstört werden.

Die erfolgreiche Arbeit der Polizei und ihr hohes Ansehen bei den Bürgern war bisher maßgeblich bestimmt von dem Bemühen, Innere Sicherheit in gleich hoher Qualität in allen Bundesländern zu gewährleisten. Die vergleichbaren Standards in Motivation, Ausbildung und Qualifikation erlaubten nicht nur reibungslose länderübergreifende Einsätze, sondern garantierten dem Bürger von Flensburg bis Berchtesgaden die gleichen qualifizierten Dienstleistungen und die Unverwechselbarkeit „seiner“ Polizei.

Brief des GdP-Vorsitzenden, Konrad Freiberg, an die Parteivorsitzenden der SPD und CDU/CSU vom 10. Oktober 2005

Wir sehen mit Sorge Bestrebungen entgegen, die materielle Ausstattung der Polizei den jeweiligen und sehr unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Länder anheim zu geben. Das für ein Hochtechnologieland wie Deutschland peinliche Beispiel der Einführung des polizeilichen Digitalfunks sollte als Warnung ausreichen. Deshalb lehnen wir auch die in der Föderalismuskommission geplante Verlagerung der Kompetenzen für die Beamtenbesoldung und –versorgung auf die Länder entschieden ab.

Eine unterschiedlich bewertete Polizei wird auch zu unterschiedlichen Polizeien führen. Es ist uns unverständlich, warum das politische Ziel, eine Angleichung der Lebensbedingungen in den deutschen Ländern zu erreichen, in der elementaren Grundversorgung der Inneren Sicherheit gewendet werden soll.

Die Polizei gehört zu den Institutionen, die das höchste Ansehen in der Bevölkerung genießen. Der Erfolg ihrer Arbeit hängt von dem Vertrauen, das die Menschen ihr entgegenbringen, ihrer Präsenz und ihrer Verwurzelung im öffentlichen Leben ab.

Die zunehmende Tendenz, private Sicherheit auch im öffentlichen Raum zu etablieren und Pläne, den Personalabbau bei der Polizei mit dem Einsatz von Wehrpflichtigen der Bundeswehr zu kompensieren, werden zu Verwerfungen führen, für die die Menschen in Deutschland kein Verständnis aufbringen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei verschließt sich keinen ernsthaften Gesprächen über Reformen, die die Effizienz der Polizei steigern und im Kontext zur finanziellen Situation des Landes gesehen werden müssen.

Kein Verständnis haben wir aber dafür, wenn Leistungsträger dieser Gesellschaft zum „Sparschwein der Nation“ degradiert werden sollen. Die bisherigen Einkommenseinbußen, verbunden mit dem fortschreitenden Personalabbau, strapazieren die Berufszufriedenheit, die Motivation und die Einsatzbereitschaft der Polizeibesetzten bis an die Grenze zur Selbstverleugnung. Die Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzungen und Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, die Einbußen in der Altersversorgung durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sind Beispiele für die Vorleistungen, die die Beamten zur Konsolidierung der Haushalte bereits zum Teil seit langem erbringen.

Wir raten vor Plänen zu weiteren Einschnitten im Polizeibereich dringend ab. Insbesondere eine Bestrafung der Bereitschaft zu Mobilität, Flexibilität, ständigem Einsatz rund um die Uhr im Wechselschichtdienst durch die geplante Streichung der Pendlerpauschale und der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, lehnen wir entschieden ab. Angesichts steigender Benzinpreise wird damit gerade den geringverdienenden Berufsanfängern in der Polizei auch noch der letzte Cent aus der Tasche gezogen.

Die Gewerkschaft der Polizei wünscht Ihnen Erfolg in dem Bemühen, eine den Herausforderungen unserer Zeit gewachsene Koalitionsregierung zum Wohle unseres Landes zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen